

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Was tut die rot-grüne Landesregierung gegen sexuelle Übergriffe auf Frauen in öffentlichen Einrichtungen in Niedersachsen?

Anfrage der Abgeordneten Petra Joumaah (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 26.11.2015

Die *Welt am Sonntag* berichtete am 11.10.2015 unter der Überschrift „Gefühlt wie Freiwild“: „Frauen in Flüchtlingsunterkünften werden vermehrt Opfer sexueller Gewalt. Behörden und Beratungsstellen ringen um Lösungen.“

Der Landesfrauenrat Niedersachsen verfasste am 09.10.2015 eine Resolution unter der Überschrift „Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Kinder sicherstellen“, in der es eingangs heißt:

„Der Landesfrauenrat Niedersachsen e. V. fordert die Niedersächsische Landesregierung und die Kommunen auf, die besondere Situation weiblicher Flüchtlinge zu beachten und eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Die Unterbringung muss nach anerkannten Konzepten zur Gewaltprävention erfolgen.“

In der *Neuen Presse* vom 08.10.2015 hieß es zu derselben Thematik: „Über Kriminalität in den Flüchtlingseinrichtungen des Landes gibt es bislang nur sehr wenig Daten. Es gibt keine Zahlen. Wir sind dabei, eine Auswertung zusammenzustellen“, sagt eine Sprecherin von Innenminister Boris Pistorius (SPD). „Immer wieder ist von Vergewaltigungen oder Zwangsprostitution in den Einrichtungen die Rede, in denen zum Teil mehrere Tausend Menschen auf engem Raum leben.“

Unabhängig davon wird immer wieder auch über Fälle sexueller Belästigung von Frauen in anderen Einrichtungen des Landes und des nachgeordneten Bereichs berichtet. So berichtete am 12.02.2015 das *Göttinger Tageblatt* über Vorwürfe gegen den damaligen Landrat des Landkreises Northeim, wonach eine Mitarbeiterin der Northeimer Landkreisverwaltung dem damaligen Landrat sexuelle Belästigung vorgeworfen habe und das Innenministerium gegen den seinerzeitigen Landrat disziplinarisch ermittele.

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen vom Februar 2013 heißt es zur Frauen- und Gleichstellungspolitik u. a. : „Einen besonderen Schwerpunkt wird die rot-grüne Koalition auf den besseren Schutz vor Gewalt legen.“

1. Welche Erkenntnisse, Informationen und Hinweise hat die Landesregierung über Sexualstraftaten, sexuelle Übergriffe, sexuelle Belästigungen und sonstige Übergriffe auf Frauen bzw. entsprechende Vorwürfe in den Standorten der Landesaufnahmeeinrichtung und den Flüchtlingsnotunterkünften in Niedersachsen für die Jahre 2013, 2014 und 2015 (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Ort und Art des Vorfalls)?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Zwangsprostitution in den Landesaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsnotunterkünften und deren Umfeld in Niedersachsen für die Jahre 2013, 2014 und 2015?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung wann ergriffen, um Sexualstraftaten, sexuelle Belästigungen und sonstige Übergriffe auf Frauen in den Landesaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften für Flüchtlinge zu verhindern?
4. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um Sexualstraftaten, sexuelle Belästigungen und sonstige Übergriffe auf Frauen in den genannten Einrichtungen zu unterbinden?

5. Welche Ansprechstellen stehen Frauen in den Standorten der Landesaufnahmeeinrichtung und den Flüchtlingsnotunterkünften in Niedersachsen zur Verfügung, um Probleme sexueller Gewalt bzw. Belästigung in den genannten Einrichtungen darlegen zu können?
6. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung des Landesfrauenrates Niedersachsen nach Schaffung geschützter Räume und von Rückzugsmöglichkeiten für Frauen in den Landesaufnahmeeinrichtungen?
7. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung des Landesfrauenrates Niedersachsen, wonach für Frauen, die Gewalterfahrungen gemacht haben, der Zugang zum Hilfesystem sichergestellt werden muss und ihnen ausgebildete Dolmetscherinnen/Dolmetscher kostenfrei zur Verfügung gestellt werden müssen?
8. Welche Erkenntnisse, Informationen und Hinweise hat die Landesregierung über Sexualstraftaten, sexuelle Übergriffe, sexuelle Belästigungen und sonstige Übergriffe auf Frauen bzw. entsprechende Vorwürfe in den übrigen Einrichtungen des Landes und der Kommunen sowie in den der Rechts- und/oder Fachaufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Niedersachsen seit 2013 (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Ort, Einrichtung und Art des Vorfalls)?
9. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung wann ergriffen, um Sexualstraftaten, sexuelle Belästigungen und sonstige Übergriffe auf Frauen in den übrigen Einrichtungen des Landes, den Einrichtungen der Kommunen und in den der Rechts- und/oder Fachaufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Niedersachsen zu verhindern?
10. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um Sexualstraftaten, sexuelle Belästigungen und sonstige Übergriffe auf Frauen in den genannten Einrichtungen zu unterbinden?
11. Welche Ansprechstellen stehen im Land für Bedienstete des Landes, der Kommunen und der der Rechts- und/oder Fachaufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Niedersachsen zur Verfügung, um Probleme sexueller Belästigung darlegen zu können?
12. Gibt es seitens des Landes besondere Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für Personalräte und Vorgesetzte, die Aufklärung über das Problem sexualisierter Gewalt bzw. sexueller Belästigung am Arbeitsplatz leisten?
13. Wenn ja, welche und seit wann, wenn nein, warum nicht?
14. In wie vielen und welchen Fällen führten Vorwürfe sexueller Gewalt bzw. Belästigung bzw. sonstiger Übergriffe auf Frauen in Einrichtungen des Landes und der Kommunen sowie den der Rechts- und/oder Fachaufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Niedersachsen in den Jahren 2013, 2014 und 2015 zu staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren, in wie vielen und welchen Fällen kam es zu einer Verurteilung, und in wie vielen und welchen Fällen kam es unter Anwendung welcher Vorschrift zu einer Einstellung (bitte aufschlüsseln nach Einrichtung, Ort, Jahr, Delikt)?
15. In wie vielen und welchen Fällen führten Vorwürfe sexueller Gewalt bzw. Belästigung bzw. sonstiger Übergriffe auf Frauen in Einrichtungen des Landes und der Kommunen sowie den der Rechts- und/oder Fachaufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Niedersachsen in den Jahren 2013, 2014 und 2015 zu arbeits-, dienst- und/oder strafrechtlichen Konsequenzen gegenüber Mitarbeitern bzw. Bediensteten, und, wenn ja, welche Konsequenzen waren dies im Einzelnen (bitte aufschlüsseln nach Einrichtung, Ort, Jahr, Delikt; Funktionsbezeichnungen genügen)?
16. In wie vielen und welchen Fällen kam es nach Vorwürfen sexueller Gewalt bzw. Belästigung bzw. sonstiger Übergriffe auf Frauen in Einrichtungen des Landes und der Kommunen sowie den der Rechts- und/oder Fachaufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Niedersachsen in den Jahren 2013, 2014 und 2015 zu einvernehmlichen Auflösungen bestehender Arbeits- bzw. Anstellungsverträge?

17. Billigt die Landesregierung solche einvernehmliche Auflösungen bestehender Arbeits- bzw. Anstellungsverträge in allen Fällen, und geht sie dagegen vor, sofern ihr bekannt ist, dass ein solches Vorgehen konkret geplant ist, und falls nicht, weshalb nicht?
18. Plant die Landesregierung die Einrichtung einer anonymen Meldestelle, an die sich Beschäftigte des Landes und der Kommunalverwaltungen sowie von der Rechts- und/oder Fachaufsicht des Landes unterstehenden Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts wenden können, die Opfer sexueller Gewalt und/oder Belästigung am Arbeitsplatz geworden sind oder solches beobachtet haben?
19. Wenn ja: Wann und in welcher Form?
20. Wenn nein: Aus welchen Gründen lehnt die Landesregierung eine solchen Meldestelle für diesen Personenkreis ab, wie sie bereits von der Vorgängerregierung für Opfer sexuellen Missbrauchs und Diskriminierung in Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder im Kultusministerium eingerichtet wurde?